

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 26. APRIL 2023



DEBATTE **BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT ERFOLGE AUF DEM ARBEITSMARKT**

Der Bericht der Arbeitnehmerkammer zur Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer:innen im Jahr 2023 war heute Gegenstand einer Debatte in der Bürgerschaft. Die SPD-Fraktion hatte mit dem Titel „Weiter aufwärts nach der Krise – Arbeitnehmerpolitik im Zentrum“ eine Aktuelle Stunde beantragt. Und ihr wirtschaftspolitischer Sprecher, Volker Stahmann, hob in seiner Rede nicht nur die zahlreichen positiven Aspekte hervor, die auch ein Erfolg der rot-grün-roten Landesregierung seien, er benannte auch die Herausforderungen, die in den kommenden Jahren angegangen werden müssten.

Der Bericht der Arbeitnehmerkammer habe zwei Kernelemente, erklärte Stahmann. Zum einen werfe er einen Blick zurück und zeige auf, wo Bremen und Bremerhaven stehen. Zum anderen zeige er auf, was die Politik angehen müsse. „Der Bericht enthält Licht und Schatten – oder eher: Licht und Herausforderungen“, fasste Stahmann zusammen.

Zunächst benannte der Sozialdemokrat in seiner Rede die positiven Ergebnisse. „Wir haben seit 2001 in diesem Land einen Stellenaufbau von 55.000 Beschäftigten. Das ist ein grandioser Erfolg“, sagte er. „Das hat nur einen Einbruch gehabt im Zuge der Pandemie, und allein im letzten Jahr sind 5.600 zusätzliche Stellen im Land Bremen geschaffen worden – 4.700 in Bremen und 870 in Bremerhaven. Wenn man da genau hinschaut, gibt es natürlich Unterschiede. Der Hauptzuwachs in Bremen waren wissensbasierte Dienstleistungen, der Hauptzuwachs in Bremerhaven lag in der Logistik. Zudem waren noch nie so viele Menschen in diesem Bundesland sozialversichert. Über 340.000 Menschen sind es. Das ist ein Allzeithoch. Und es ist ein Erfolg, dieses Senats und der rot-grün-roten Koalition – das ist auch nicht zu leugnen.“

Gleichzeitig stehe Bremen aber auch vor enormen Herausforderungen. „Wir haben im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit nur um etwas über 2.000 Menschen abbauen können. Wir haben einen verfestigten Sockel an Langzeitarbeitslosen. Das ist die Herausforderung, die wir hatten und die wir weiterhin haben“, so Stahmann.

Der Sozialdemokrat blickte in seiner Rede speziell auch nach Bremerhaven. „Die Arbeitslosigkeit ist dort niedriger als vor 20 Jahren. Das ist etwas Positives. Und wir haben in der Seestadt 3.000 Beschäftigte im Wissenschaftsbereich. Bremerhaven ist ein Wissensstandort und ein Hochschulstandort – das geht in der öffentlichen Meinung aber häufig unter. In Bremerhaven herrscht eine Stimmung, wo Arbeitslosig-



keit und Angst vor Arbeitslosigkeit gefühlt dazugehören. Wenn wir zum Beispiel in den Hafen schauen, dann gibt es dort ein großes Misstrauen gegenüber Veränderungen und der Digitalisierung. Deswegen brauchen wir für die Zukunft – auch das ist eine der Lehren aus dem Bericht – eine Absicherung für die Beschäftigten in Bremerhaven. Wir brauchen eine Zusage: Digital ist auch sozial!“

„Noch nie waren so viele Menschen im Land Bremen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ist ein Erfolg des Senats und der rot-grün-roten Koalition!“

Volker Stahmann

„Der demografische Wandel geht auch an Bremen nicht vorbei. 80.000 Menschen gehen in den nächsten zehn Jahren in Rente – davon 50.000 Menschen mit Facharbeiterbrief und 12.000 Menschen mit einem akademischen Hintergrund“, zitierte Stahmann aus dem Bericht. „Das heißt, wir haben ein richtiges Problem. Es gibt den Facharbeitermangel, wir können ihn beziffern und wissen, was auf uns zukommt. Gut ausgebildete Fachkräfte sind der Schlüssel für den Wirtschaftsstandort Bremen. Das ist die Herausforderung der Zukunft, und das bestätigt dieser Bericht

noch einmal eindrücklich. Deshalb muss Qualifizierung zum Schwerpunkt der kommenden Jahre werden.“

Und dies müsse in der kommenden Legislaturperiode noch einmal anders angegangen werden. Die absoluten Zahlen der abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge seien seit 2008 um 1.200 gesunken. Darauf müsse man reagieren. Stahmann: „Es geht nicht mehr um die Frage: Welcher Bewerber kommt problemlos durch die Prüfung? Es geht nicht mehr um die Frage der vermeintlichen Ausbildungsreife. Es geht darum, dass wir jeder und jedem bei der Ausbildung und Qualifizierung helfen und sie unterstützen. Und diese Unterstützung gilt für die Betriebe, die ausbilden. Aber es gilt eben auch für die jungen Menschen, denen wir helfen. Und deswegen ist der Ausbildungsunterstützungsfonds richtig und wichtig.“

Die Politik müsse dabei die Rahmenbedingungen setzen, so Stahmann abschließend. „Einer der Schlüsselfunktionen für die Zukunft werden die Berufsschulen sein. Wenn wir unterstützen wollen, brauchen wir Berufsschulen, die auch entsprechend ausgestattet sind. Das wird und das muss einer der Schwerpunkte der nächsten Legislaturperiode sein: Die Stärkung der Berufsschulen.“

DEBATTE **GÜNGÖR FORDERT EINFÜHRUNG DER KINDERGRUNDSICHERUNG**

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, hat sich entschieden für die Einführung der Kindergrundsicherung ausgesprochen. „Gerade wir in Bremen und Bremerhaven haben ein riesiges Interesse daran, dass es mit dieser Reform zu mehr Gerechtigkeit kommt“, sagte er in einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Harte Kritik übte der Sozialdemokrat an der FDP, die diese Reform auf Bundesebene verhindere. Und Kritik übte er auch an Frank Imhoff, der als Spitzenkandidat der CDU angekündigt hatte, die FreiKarte im Falle eines Wahlsieges wieder abschaffen zu wollen. Güngör: „Einen solchen Bürgermeister haben unsere Kinder und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven nicht verdient!“

„Wenn wir von Kinderarmut sprechen, dann sprechen wir eigentlich von Elternarmut. Es geht um die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Eltern, die darüber entscheiden, ob es vom Weihnachtsmann das neueste iPhone oder nur einen neuen Pullover gibt, ob man sich am Wochenende das Kino leisten oder sich gar die Reitstunden erlauben kann“, erklärte Güngör. „Und der größte Skandal daran ist: Der Staat befeuert diese Ungleichheit auch noch aktiv! Auf der einen Seite haben wir nämlich Menschen im Bürgergeldbezug, denen wird das Kindergeld vollständig von der Regelleistung abgezogen. Und auf der anderen Seite haben wir Familien, bei denen die Eltern so gut verdienen, dass der Kinderfreibetrag die Höhe des Kindergeldes übersteigt. Mit anderen Worten: Wer nichts hat, der hat auch nichts vom Kindergeld. Wer zum Mittelstand gehört, der bekommt inzwischen immerhin 250 Euro. Aber wer richtig viel verdient, der bekommt bis zu 326 Euro durch den Kinderfreibetrag – das sind im Jahr über 900 Euro mehr als das Kindergeld für Normalverdiener!“

„Für uns als SPD ist deshalb schon seit Jahren klar, dass wir hier einen Paradigmenwechsel brauchen“, so Güngör weiter, „Je ärmer die Eltern, desto mehr Geld gehört fürs Kind – und nicht umgekehrt. Das ist unser Ansatz!“

Er freue sich daher, dass die SPD die Kindergrundsicherung in den Koalitionsvertrag mit Grünen und FDP auf Bundesebene verhandelt habe, nachdem sie sich zuvor als Juniorpartner einer großen Koalition nicht gegen die CDU habe durchsetzen können. „Kein Bundesland würde mehr von einer Kindergrundsicherung profitieren als wir hier im Land Bremen“, betonte Güngör. „Denn in keinem anderen Bundesland sind so viele Kinder von Armut bedroht, und wir haben sehr viele Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern. Das bedeutet: In keinem Bundesland wird so häufig das Kindergeld vom Regelsatz abgezogen. Und in keinem anderen Bundesland ist die Schere zwischen Arm und Reich so groß – die Situation nach Corona, die steigenden Energiepreise und die Inflation haben diese Situation noch verschärft. Deswegen haben wir in Bremen und Bremerhaven ein riesiges Interesse daran, dass es mit dieser Reform zu mehr Gerechtigkeit kommt.“

Allerdings werde das Vorhaben von Finanzminister Christian Linder ausgebremst. „Der FDP ist anscheinend Kinderarmut egal!“, kritisierte Güngör. Zwar werde mittlerweile behauptet, die Kindergrundsicherung solle bis 2025 kommen, doch sei wichtig, was sich hinter diesem Etikett verberge – und da sei er nach wie vor skeptisch, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende. „Denn die FDP vermittelt eben nicht den Eindruck, dass Sozialpolitik ihr Schwerpunkt ist. Sie vermittelt nicht den Eindruck, dass soziale Problemlagen ihr wichtig wären. Und die FDP vermittelt auch nicht den Eindruck, dass die echten Bedürfnisse der Menschen in diesem Land für sie überhaupt eine Rolle spielen – es sei denn, es sind Millionäre.“

Bei Güngör sorgte das für scharfe Kritik. „Herr Lindner hat sich vorgenommen, aus reiner Existenzangst seine neoliberale – aus meiner Sicht familienverachtende und menschenverachtende –



Agenda mit Blockaden und Störfeuern durchzusetzen“, sagte er und wurde deutlich: „Der Geduldsfaden der SPD – hier in Bremen und sicherlich auch im Bund, ist im Dienste der Sache sicherlich nicht unendlich strapazierfähig. Tatsache ist: Es gibt einen Koalitionsvertrag. Und wenn die wichtigen sozialpolitischen Reformen, die von uns in diesen Vertrag mit hinein verhandelt wurden, weiter so dreist blockiert und sabotiert werden, dann werde ich nicht müde zu sagen: Wunschpartner der Sozialdemokratie sehen anders aus!“

„Kein Bundesland würde mehr von einer Kindergrundsicherung profitieren als wir hier im Land Bremen. Deswegen haben wir ein riesiges Interesse daran, dass es mit dieser Reform zu mehr Gerechtigkeit kommt!“

Mustafa Güngör

Zum Schluss blickte Güngör auf die anstehende Bürgerschaftswahl am 14. Mai. „Ich kann nur empfehlen, keine Partei zu wählen, die offensichtlich nicht in der Lage ist, in einer Koalition im Team zu spielen, die sich gegenüber Kindern und Eltern so schäbig verhält und die nur die Interessen der Oberen Zehntausend im Blick hat – wie diese FDP!“, sagte er – und übte deutliche Kritik auch an der CDU und ihrem Spitzenkandidaten Frank Imhoff. „Wir haben nach der Corona-Pandemie die FreiKarte beschlossen, weil nach der Pandemie besonders von Armut betroffene Kinder teilhaben sollen an der Gesellschaft – und zwar ohne Stigma, deswegen haben wir es für alle Kinder und Jugendlichen beschlossen. Und Herr Imhoff – der Tandemführer der CDU – will nach den Verlautbarungen der letzten Tage die gerade eingeführte FreiKarte für Bildungs- und Freizeitaktivitäten für alle unter 18 Jahren im Land wieder komplett abschaffen. Das würde bedeuten: Zukünftig wieder 60 Euro weniger für alle zur Verfügung!“, kritisierte er und machte deutlich: „Über 90 Prozent der FreiKarten wurden inzwischen aktiviert, weit über 400.000 kleine und große Wünsche damit erfüllt und ganz nebenbei ein Umsatz von rund fünf Millionen Euro damit erzielt – und damit auch die lokale Wirtschaft unterstützt. Und was fällt der CDU dazu ein? Nur schlecht machen, kaputt reden, beleidigt sein. Ich finde: Einen solchen Bürgermeister haben unsere Kinder und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven nicht verdient!“

ANFRAGE **SPORTSTÄTTEN: ERSTE SCHRITTE AUF EINEM GUTEN WEG**

Wie ist der Zustand der vereinseigenen und kommunalen Sportstätten in Bremen und Bremerhaven? Und wie sehen deren Perspektiven aus? Auf Initiative der SPD-Fraktion hatte die rot-grün-rote Koalition eine Große Anfrage zu diesem Thema an den Senat gerichtet. Die Antworten wurden heute nun in der Bürgerschaft debattiert.

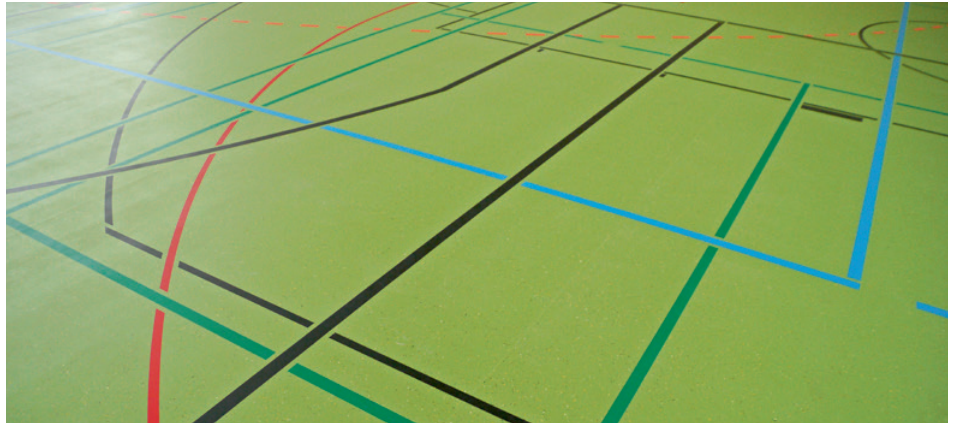
Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Quante-Brandt, erklärte, die Antwort schaffe Transparenz zum Zustand der kommunalen Sportstätten und deute darauf hin, dass man sich auch den Vereinshallen zuwenden wolle. Dies sei sehr positiv. „Die Vorlage legt dar, dass für alle Sporthallen Daten zum Sanierungsbedarf und zu energetischer Sanierung inklusive einer technischen Priorisierung vorliegen. Es wird deutlich, dass die Barrierefreiheit in der Sportinfrastruktur nun endlich mit mehr Nachdruck in den Blick genommen werden kann. Wir sind froh, dass der Sachstand nun umfangreich



Eva Quante-Brandt

erhoben ist. Das ist auch zwingend, weil wir im Land Bremen die Inklusion großschreiben. Und wir wissen auch, dass wir mehr Tempo in diesem Bereich benötigen.“

Der genaue bauli-



che Zustand und Sanierungsbedarf seien aber noch nicht ganz klar. Dies sei aber nötig, um einen Überblick über den finanziellen Aufwand zu haben. „Aber – und das ist das Positive daran – wir haben eine Transparenz, die uns jetzt den Weg eröffnet, dass man eine Kostenschätzung vornehmen kann. Es gibt jetzt eine Grundlage dafür, haushaltspolitische Entscheidungen vorbereiten zu können. Und es ist dann auch klar, welche Sanierungen und auch Neubauten dann in einer angemessenen Zeitperspektive vorgenommen werden können. Das bedeutet auch, dass die Zuständigkeiten für die festgestellten Notwendigkeiten aus meiner Sicht in einem Ressort gebündelt werden sollten und dann auch mit konkreten Haushaltsmitteln unterlegt werden.“

Klar sei, dass auch bundespolitische

Programme mit einbezogen werden müssen. Und ebenso klar sei, dass der Bund stärker in die Finanzierung einbezogen werden müsse. Dies sei unerlässlich, damit Bremen im Leistungssport aktiv bleiben könne.

Quante-Brandt betonte, dass das Tempo beim Ausbau von Photovoltaik und energetischen Sanierungen gesteigert werden müsse – und dass auch die Vereine in diesem Bereich finanzielle Unterstützung benötigten. Hier sei nun ein Programm aufgelegt worden. „Das ist ein kleiner Topf, aber es ist ein vernünftiger und guter Anfang.“, so Quante-Brandt, die abschließend noch einmal den Wert der heute debattierten Antwort des Senats betonte. „Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben die kommunalen Sportstätten im Blick, und auch die Vereinshallen sind im Blick.“

ANTRAG **TITANDIOXID AUCH IN ARZNEIMITTELN VERBIETEN**

Titandioxid wurde lange Zeit als Zusatzstoff in Lebensmitteln eingesetzt. Dies hat die EU-Kommission mittlerweile untersagt, denn von diesem Stoff gehen Gesundheitsgefahren aus. Aufgrund dieser Gefahren soll der Senat sich nun auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Verwendung von Titandioxid auch bei der Neuzulassung von Arzneimitteln durch die EU untersagt wird. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen.

„Titandioxid ist ein weißes, mineralisches Farbpigment. Und es wird vor allem bei Produkten eingesetzt, die schön weiß sein oder eine kräftige Farbe haben sollen. Glänzende und glitzernde Farbeffekte sind mit diesem Pigment auch möglich“, erläuterte die gesundheitspolitische Sprecherin



Ute Reimers-Bruns

der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, in ihrer Rede. „Mit rund 90 Prozent findet Titandioxid als Bestandteil von Farben, Lacken, Papier und Kunststoffen die größte Verwendung. Lange war Titandioxid auch in Lebensmitteln, zum Beispiel in Süßwaren, Backdekor, Gebäck oder Soßen sowie Nahrungsergänzungsmitteln erlaubt.“

Gefahren für die Gesundheit

„Glücklicherweise – und das ist die gute Botschaft – hat die Europäische Kommission am 14. Januar 2022 ein Verbot für Titandioxid als Lebensmittelzusatzstoff erlassen, das Anfang August 2022 endgültig in Kraft getreten ist“, so die Sozialdemokratin weiter. „Der Grund dafür ist einfach: weil Titandioxid – das für einen schönen Glanz und strahlend weiße Farbe sorgt – der Gesundheit schadet und auch zum Beispiel das Erbgut schädigen kann.“

Nach wie vor sei der Einsatz von Titandioxid aber in Arzneimitteln oder Zahnpasta erlaubt. Reimers-Bruns: „Tatsächlich ist Titandioxid aktuell noch der meistver-

wendete Farbstoff in pharmazeutischen Produkten und kommt daneben auch als Trübungsmittel oder zum Schutz gegen UV-Strahlung zum Einsatz. Wir finden: das muss sich ändern!“

Klar sei, dass man geeignete Alternativen prüfen müsse, betonte Reimers-Bruns. „Allerdings sind wir der Überzeugung, dass man alles tun muss, um vermeidbare Krebsrisiken und weitere mögliche gesundheitliche Schädigungen aufgrund von gesundheitlich bedenklichen Inhaltsstoffen so schnell wie möglich auszuschließen. Das ist das Ziel unseres Antrags. Damit wollen wir erreichen, dass der Senat sich dafür einsetzt, dass die Verwendung von Nanopartikeln des Titandioxids in Arzneimitteln zur oralen Einnahme bei der Neuzulassung von Arzneimitteln durch die EU untersagt wird. Gleichzeitig fordern wir, dass die Bemühungen um den Ersatz von Titandioxid in vorhandenen Arzneimitteln verstärkt werden müssen, um negative Auswirkungen auf die Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit der Arzneimittel auszuschließen.“